

Linke Sicherheitspolitik

- Ein Diskussionsangebot von Matthias Höhn -

DIE LINKE ist Friedenspartei und wird von vielen Bürgerinnen und Bürgern als solche verstanden. Sie sagt beharrlich Nein, wo andere zu oft unkritisch Ja sagen. Nein zu Kriegseinsätzen der Bundeswehr, Nein zu immer größeren Verteidigungshaushalten, Nein zum weltweiten, scheinbar ungebremsten Geschäft mit Waffen und Rüstungsgütern. Doch unterhalb dieser wichtigen Leitsätze gab und gibt es in der Partei durchaus auseinander laufende Positionen. Die Partei vermeidet eine Diskussion darüber. Manchmal aus Bequemlichkeit, manchmal aus Sorge, wo eine solche Debatte enden könnte. Das ist durchaus verständlich, doch die Welt dreht sich weiter - auch sicherheitspolitisch. Die heutige Situation ist kaum vergleichbar mit 2007, als sich DIE LINKE gründete, oder mit 2011, als sie ihr bis heute geltendes Programm formulierte.

Die Welt hat sich seitdem nicht zum Besseren entwickelt. 80 Millionen waren Ende 2019 weltweit auf der Flucht vor Krieg, Gewalt, bitterer Armut oder den Klimaveränderungen. In Kriegen und Stellvertreterkriegen starben in den letzten Jahren Hunderttausende, allen vor in Syrien oder im Jemen, aber auch in der Ukraine, in Afghanistan, in Mali oder Libyen, im Irak... Linke Antworten auf der Höhe der Zeit sind gefordert, anschlussfähig an gesellschaftliche Mehrheiten, die reale Veränderungen ermöglichen. Dieses Papier will einen Beitrag dazu leisten, wieder stärker über linke Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu diskutieren.

Münchener Konsens

Fast sieben Jahre besteht er nun: der „Münchener Konsens“. Ein breites gesellschaftliches Übereinkommen war und ist er bis heute mit Sicherheit nicht. Er war ein verbaler Handschlag zwischen dem Bundespräsidenten, dem Außenminister und der Verteidigungsministerin auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2014, mit dem Ziel, dass Deutschland militärisch ‚mehr Verantwortung‘ in der Welt übernimmt.

Danach wurde - vor allem vor dem Hintergrund des Krieges in der Ost-Ukraine und der völkerrechtswidrigen Aufnahme der Krim in die Russische Föderation - mit Verweis auf eine russische Bedrohung für ‚den Westen‘¹ nach Jahren sinkender Militäraushalte innerhalb von NATO und EU die Kehrtwende vollzogen. Seither steigen die Rüstungsausgaben beinahe unaufhörlich.

Gleichzeitig wird seit 2014 immer wieder an die gewachsene Verantwortung Deutschlands erinnert - und damit an das Gewissen der deutschen Bevölkerung appelliert: Ihr müsst bereit sein für mehr Rüstungsausgaben und für mehr militärisches Engagement Deutschlands, weltweit. Seit 2014 stiegen die deutschen Verteidigungsausgaben um beinahe 50 Prozent. Der Militäretat ist mittlerweile so hoch wie noch nie zuvor: 2021 wird er nach NATO-Kriterien über 53 Milliarden Euro betragen.

¹ siehe z.B. Weißbuch der Bundesregierung 2016; <https://www.bmvg.de/resource/blob/13708/015be272f8c0098f1537a491676bfc31/weissbuch2016-barrierefrei-data.pdf>

Globale Aufrüstung

Dies alles ist leider nur Teil einer höchst besorgniserregenden Entwicklung. Weltweit steigen die Rüstungsausgaben in nie gekannte Höhen. Im doppelten Sinne unangreifbarer Spitzenreiter bleiben die Länder der NATO. Ihre Militärbudgets betragen 2019 zusammen 1.040 Milliarden Dollar.² Länder wie China, Russland oder Indien haben jedoch in den vergangenen Jahren teils massiv nachgezogen. Russland vergrößerte seinen Etat von 2010 bis 2016 um über 50 Prozent auf 79 Milliarden Dollar, musste danach wegen der Wirtschaftskrise nachlassen, liegt aber immer noch 30 Prozent über 2010.³ China hat seine Militärausgaben seit 2010 auf zuletzt 266 Milliarden Dollar nahezu verdoppelt.⁴ Indien legte im gleichen Zeitraum von 52 auf 71 Milliarden Dollar zu.⁵

Parallel dazu gerieten Völkerrecht und Multilateralismus zunehmend unter Druck. Mehr noch: Wichtige Pfeiler internationaler Rüstungskontrolle kamen ins Wanken oder sind bereits eingerissen. Das jahrelange Taktieren über die Zukunft des INF-Vertrages⁶ machte offenkundig: Beide Seiten, sowohl die Vereinigten Staaten als auch Russland, sahen die völkerrechtlichen Verpflichtungen nur noch als zu enges Korsett. Niemand dort bemühte sich ernsthaft um einen Erhalt dieses historischen Abkommens. Jede Seite war nur darauf bedacht, möglichst der anderen die Schuld zuschieben zu können. Schaut man sich an, wie schnell nach dem Auslaufen des Vertrages beide Akteure neue Mittelstreckensysteme aus dem Hut zauberten oder öffentlichkeitswirksam testeten, wird mehr als deutlich, wie lange sich auf dessen Ende gezielt vorbereitet wurde.⁷

Eine Verlängerung des New START-Vertrages⁸, der Vereinbarung über die Deckelung von strategischen Nuklearwaffen, ist immer noch nicht erfolgt - das Zeitfenster dafür schließt sich am 5. Februar 2021. Der Vertrag über den Offenen Himmel⁹, der gemeinsame Kontrollflüge der Mitgliedsstaaten zwischen Vancouver und Wladiwostok ermöglicht, steht vor dem Aus. Das Atomabkommen mit dem Iran¹⁰ existiert nach dem Austritt der USA de facto nur noch auf dem Papier - ob und wie es nach dem Amtswechsel in Washington noch gerettet werden kann, bleibt abzuwarten. Hinzu kommt, dass die Weltgemeinschaft mit den gravierenden Veränderungen, die autonome Waffensysteme¹¹ und Künstliche Intelligenz mit sich bringen, vor noch nicht absehbaren Herausforderungen steht, die dringend einer völkerrechtlichen Regelung bedürfen.

Es ist verständlich angesichts einer furchtbaren Pandemie und des Megathemas Klimawandel, aber gleichzeitig bedauerlich, dass diese sicherheitspolitisch gefährlichste Entwicklung seit 1990 bisher eher ein Nischendasein in der öffentlichen Aufmerksamkeit genießt.

² <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/5993/umfrage/militaerausgaben-der-wichtigsten-natostaaten/>

³ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/150888/umfrage/militaerausgaben-von-russland-seit-2000/>

⁴ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/151195/umfrage/china---militaerausgaben-seit-1991/>

⁵ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/322715/umfrage/entwicklung-der-militaerausgaben-von-indien/>

⁶ eng. „Intermediate Range Nuclear Forces Treaty“; <https://2009-2017.state.gov/t/avc/trty/102360.htm#text>

⁷ <https://www.welt.de/politik/ausland/video199170097/Russland-testet-Mittelstreckenraketen-als-Antwort-auf-die-US-A.html>

⁸ eng. „New Strategic Arms Reduction Treaty“; <https://2009-2017.state.gov/t/avc/newstart/index.htm>

⁹ eng. „Treaty on Open Skies“; <https://2009-2017.state.gov/t/avc/trty/102337.htm>

¹⁰ eng. „Joint Comprehensive Plan of Action“; https://eeas.europa.eu/delegations/iran/32286/nuclear-agreement_en

¹¹ Das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) hat im Oktober 2020 zum Thema „Autonome Waffensysteme“ einen Bericht vorgelegt. <https://www.tab-beim-bundestag.de/de/pdf/publikationen/berichte/TAB-Arbeitsbericht-ab187.pdf>

Die Welt sortiert sich geopolitisch neu. Altes Blockdenken genügt schon lange nicht mehr. Es wird höchste Zeit, dass die Linke Antworten findet, die jenseits ausgedienter Freund-Feind-Bilder zu finden sind. Während der rechte Teil des politischen Spektrums unaufhörlich bemüht ist, rückwärtsge wandte Muster und Klischees zu bedienen, um seine Politik zu legitimieren, sollte die Linke nicht in spiegelbildlichen Reflexen reagieren oder gar Narrative anderer Staaten einfach übernehmen. Die Vereinigten Staaten, Russland oder China: letztlich geht es auf allen Seiten um geopolitische Ein flussspähren und wirtschaftliche Interessen und letztlich sind alle bereit, für den eigenen Vorteil in ternationale Regeln zu brechen. Das aber ist für linke Politik niemals akzeptabel.

Europa

Spätestens das Ende des INF-Vertrages hätte die Stunde Europas sein können, sogar sein müssen. Geschehen ist außer bedauernden Worten bisher real herzlich wenig. Dabei waren die Menschen in Europa auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs die Gewinnerinnen und Gewinner dieses histori schen Abkommens von 1987. Hier standen sich die nuklear bestückten Kurz- und Mittelstreckenra keten unmittelbar gegenüber. Die Europäische Union heute ist jedoch nicht willens oder nicht in der Lage, sich in dieser existenziellen Frage klar zu positionieren.

Ähnlich verhält es sich mit dem Atomabkommen mit dem Iran. Nach jahrelangen Verhandlungen war es gelungen, den Iran von seinem sehr weit fortgeschrittenen und gefährlichen Atomprogramm abzubringen und eine nukleare Bewaffnung der Islamischen Republik zu verhindern. Der einseitige Ausstieg der US-Seite aus dem Abkommen hat jedoch Teheran den Anlass geboten, sich Stück für Stück aus den Vereinbarungen zurückzuziehen. Zudem hat er dem Stellenwert multilateraler Ab kommen und der Verlässlichkeit internationaler Verhandlungen schweren Schaden zugefügt. Die E3 – Deutschland, Großbritannien und Frankreich – haben der US-Politik des maximalen Drucks unter Trump keine wirksamen Maßnahmen entgegengestellt. Ihr Agieren kann nur als kläglich bezeichnet werden.

Die EU muss sich als politischer Akteur mit eigenständigen Interessen, Zielen und Werten verstehen und auch als solcher agieren. Dies kann und wird immer wieder zu Interessenkonflikten, auch mit den Vereinigten Staaten, führen. Wer Sicherheitspolitik im europäischen Interesse und aus europäi scher Perspektive machen will, kommt darum nicht herum. Für die Linke folgt daraus die Aufgabe, sich ernsthaft über Ziele und Mittel einer europäischen Sicherheitspolitik zu verständigen. Der allei nige Appell zu Frieden und Abrüstung macht die EU noch lange nicht sicherheitspolitisch handlungs fähig. Die Menschen erwarten mehr.

Bundeswehr

Es war der sogenannten Friedensdividende der 1990er Jahre, aber auch den völkerrechtlichen Ver einbarungen im Zuge der Wiedervereinigung zu verdanken, dass die vereinigte Bundesrepublik dras tisch abrüsten musste. Angesichts der damaligen Bedrohungslage war dies folgerichtig und ange messen. Doch seitdem hat sich vieles getan.

Der verteidigungspolitische Sparkurs der 1990er habe die Bundeswehr materiell ausgeblutet, heißt es, viele Systeme seien völlig überholt. Die schlechte Einsatzbereitschaft vieler Hauptwaffensysteme

ist seit Jahren in aller Munde. Nichts fährt, nichts fliegt. Das ist nicht gänzlich von der Hand zu weisen. In der Tat erreichen viele dieser Systeme ihr drittes oder gar viertes Jahrzehnt. Absichtsvoll wird jedoch aus den meisten politischen Lagern die Debatte über notwendige Ersatzbeschaffungen vermengt mit dem Diskurs über die neue Bedrohungslage - und damit personell und materiell eben aus einer Ausrüstungs- zu einer Aufrüstungsdebatte. Hier aus linker Sicht eine nachvollziehbare Trennlinie zu ziehen, ist nicht immer einfach, aber meines Erachtens notwendig. Solange die Linke keine kurzfristige Auflösung der Bundeswehr fordert, sondern richtigerweise auf eine Neudefinition ihrer Aufgabe orientiert (keine weltweiten Kriegseinsätze, Konzentration auf die Landesverteidigung, Umbau auf defensive Fähigkeiten...), muss sie auch in der Lage sein zu definieren, welche Mittel sie dafür aufwenden will. Das bleibt bisher jedoch eine Fehlstelle. In den zurückliegenden Legislaturperioden hat die Linksfraktion nahezu keiner Beschaffung für die Bundeswehr, von der persönlichen Ausrüstung bis zum Kampfflugzeug, zugestimmt. Diese pauschale Ablehnung ist kein sicherheitspolitisches Konzept. Und sie zwingt uns argumentativ ein – zwischen nachvollziehbaren Sicherheitsinteressen der Bürgerinnen und Bürger einerseits und den Szenarien der Großen Koalition andererseits, die den Verteidigungsetat bis 2030 auf über absurde 80 Milliarden Euro anheben will.

Linke Perspektiven

Internationale Sicherheit wird nur im internationalen Verbund gelingen. Internationale Sicherheit ist ohne mehr Solidarität, ohne globale Umverteilung von Reichtum und Wohlfahrt und ohne eine wirksame und sozial gerechte Klimapolitik nicht denkbar. Linke Politik muss sich an diesen Leitlinien messen lassen. Internationale Sicherheit braucht ein verbindliches und akzeptiertes Regelwerk. Das Völkerrecht und die in der Charta der Vereinten Nationen beschriebenen Prinzipien dürfen nicht in Frage gestellt werden. Das gilt insbesondere für das Gewaltverbot der UN-Charta. Dieser Anspruch muss aber zukünftig auch dort Wirkung entfalten, wo die Vereinten Nationen ihre Regeln zur Beilegung von Konflikten beschrieben haben. Diese Regeln aktiv zu unterstützen stärkt die internationale Sicherheit. Die Bundesrepublik kann und sollte mehr Verantwortung übernehmen - ganz im Sinne dieser Prämissen.

1. Vertrauen neu schaffen

Eine erheblich internationale Bedrohung entsteht derzeit aus verloren gegangener Transparenz und tiefem Misstrauen. Selbst in Hochzeiten des Kalten Krieges bestand mehr Berechenbarkeit und Verlässlichkeit zwischen den globalen Akteuren. Auf der Strecke bleibt unsere Sicherheit. Egoismus regiert die internationale Politik und macht sie zunehmend instabiler. Wer aber politisch intervenieren will muss wechselseitiges Verständnis aufbringen und neues Vertrauen aufbauen. Denn ein Mindestmaß an Vertrauen ist eine Grundvoraussetzung für Vermittlung.

Deutschland sollte beim Aufbau neuen Vertrauens eine zentrale Rolle einnehmen. Dazu gehört etwa, den diplomatischen Austausch im NATO-Russland-Rat und der OSZE zu revitalisieren und die in der NATO-Russland-Grundakte und der KSE-Schlussakte gegenseitig versicherten politischen Vereinbarungen einzuhalten, dass beide Seiten keine ständige Stationierung substantieller Streitkräfte in Grenzgebieten durchführen.

Aus linker Sicht ist jederzeit unerlässlich, auf klaren völkerrechtlichen Regeln zu beharren und diese in allen Richtungen gleichermaßen anzuwenden. Ein nicht-mandatierter amerikanischer Luftschlag in Syrien, ein Einmarsch türkischer Truppen in ein Nachbarland oder der Einsatz von verbotenem Nervengift in Russland - wer glaubwürdig sein und Vertrauen aufbauen will, darf nicht mit zweierlei Maß messen.

2. Multilaterale Abrüstung und Rüstungskontrolle wiederbeleben

Das Auseinanderbrechen gleich mehrerer Abrüstungs- und Rüstungskontrollabkommen in den letzten Jahren birgt enorme Risiken. Ein neues Wettrüsten steht vor der Tür. In der Post-INF-Zeit, angesichts einer zunehmend konfrontativen Lage zwischen Russland und der NATO bzw. der EU, den massiven Aufrüstungsanstrengungen auf beiden Seiten und eines erheblichen Potenzials an taktischer Nuklearbewaffnung seitens der Russischen Föderation besteht dringender Handlungsbedarf. DIE LINKE will Wege der Entspannungspolitik und der aktiven Rüstungskontrolle suchen und einleiten. Neben den kurzfristig anstehenden Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Russland über eine Verlängerung des New-START-Vertrages sollte mittelfristig auch über die Möglichkeiten einer Verknüpfung von strategischer und taktischer nuklearer Bewaffnung bei der Rüstungskontrolle gesucht werden. Dies läge vor allem im europäischen Sicherheitsinteresse. Eine Verpflichtung aller Akteure, auf eine Stationierung nuklearer bzw. nuklear bestückbarer Kurz- und Mittelstreckenraketen auf dem Europäischen Kontinent zu verzichten, wäre ein weiterer zentraler Punkt.

Das Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrages¹² ist ein bemerkenswerter Erfolg in Zeiten allgemeiner Aufrüstung und des Abgesangs auf internationale Abkommen. Deutschlands Sicherheit würde mit einem Beitritt zu diesem Vertrag wachsen. Der dadurch zwingende Abzug der amerikanischen Atomwaffen von deutschem Boden ist überfällig. Niemand kann einen Atomkrieg gewinnen. Atomare Abschreckung sollte schon längst in der Mottenkiste der internationalen Politik verschwunden sein. Ein Beitritt zum Verbotsvertrag wäre sehr wohl vereinbar mit der Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO¹³. Dies ist umso wichtiger, als dass ein kurzfristig erklärter Austritt Deutschlands aus dem Verteidigungsbündnis, wofür es ohnehin keine politischen Mehrheiten geben dürfte, kein Beitrag zur Stabilisierung wäre. Im Gegenteil. Wer internationale Bündnisstrukturen aufkündigt, ohne in anderen aufzugehen, beschreitet nur den Weg der Nationalisierung von Sicherheitspolitik. Erst stabile europäische Sicherheitsstrukturen können Türöffner für einen solchen Weg sein.

3. Sicherheit in Europa organisieren

Das ungelöste Europa-Problem der LINKEN hemmt auch in sicherheitspolitischen Fragen. Frieden und Stabilität in Europa sind nicht haltbar ohne eine europäische Ebene der Sicherheitspolitik. Für DIE LINKE sind Verteidigungspolitik und EU derzeit jedoch zwei unvereinbare Dinge. Das ist ein Fehler. Genauso richtig wie die Stärkung der multilateralen Ebene in der Außen- und Sicherheitspolitik ist jene der europäischen. Die bisher fast ausschließlich nationale Hoheit in Militär- und Rüstungs-

¹² eng. „Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons“; <https://www.un.org/disarmament/wmd/nuclear/tpnw/>

¹³ Im September 2020 haben 56 ehemalige Spitzenpolitikerinnen und -politiker, darunter zwei ehemalige NATO-Generalsekretäre die Vereinbarkeit von NATO-Mitgliedschaft und Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag betont. https://www.icanw.org/56_former_leaders

fragen kann keine dauerhafte linke Antwort sein. Bedenkt man, wie oft nicht nur in Europa nationalistische Motive Ausgangspunkt von Konflikten und Tragödien waren, liegt dies auf der Hand. Gleichzeitig macht der Ruf nach einer größeren strategischen Unabhängigkeit der EU von den Vereinigten Staaten eine tiefere Verständigung innerhalb der EU über sicherheitspolitische Aspekte unumgänglich. Die Republik Europa wäre nicht nur eine Antwort auf den nationalistischen Furor in Europa, sondern auch die politische Konstruktion, in deren Rahmen eine gemeinsame Sicherheitspolitik demokratisch definiert und umgesetzt werden kann. Dazu gehörten in letzter Konsequenz auch die Abgabe der alleinigen nationalen Hoheit über das Militär und der Ersatz zumindest relevanter Teile der nationalen Armeen durch gemeinsame europäische Streitkräfte. Dies würde nicht zuletzt auch zu erheblichen Einspar- und Abrüstungspotenzialen führen.

4. Zwei Prozent in Sicherheit investieren

Wer Aufrüstungsspiralen durchbrechen und frostige zwischenstaatliche Beziehungen auftauen will, wird um erste einseitige Schritte und Signale nicht umhinkommen. Jemand muss den Anfang machen - und damit auch der anderen Seite jede Legitimierung für eigenes Aufrüsten und Scharfmachen entziehen. Innerhalb der NATO besteht seit 2014 die Vereinbarung, mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Verteidigung zu investieren. Wer Sicherheit ganzheitlich begreift und in militärischer Stärke nicht den alleinigen Garant für Stabilität sieht, muss eine solche Zielmarke anders ausfüllen. Es gibt gute Gründe einen Mindestbeitrag zu fordern, den Gesellschaften bereit sind, gemeinschaftlich in internationale Sicherheit zu investieren. Im Sinne der oben beschriebenen Kriterien bedeutet dies aber natürlich eine deutliche Verlagerung hin zu wirtschaftlicher Entwicklung und Zusammenarbeit sowie mehr Konflikt- und Krisenprävention - und weniger Rüstungsetat. Während die jetzige Bundeswehrplanung davon ausgeht, personell, materiell und finanziell das 2-Prozent-Ziel bis ca. 2030 zu erreichen, sollten stattdessen bis 2030 diese Haushaltsvolumen für eine gleichgewichtige Veranschlagung von internationaler Zusammenarbeit und Strukturen einerseits und Verteidigungshaushalt andererseits eingeplant werden, also in einem 1-plus-1-Prozent-Ziel.¹⁴ Dies würde nicht nur ein nachhaltiges Abrüstungssignal setzen, sondern gleichzeitig auch Sicherheitspolitik in einem ganzheitlichen Ansatz erheblich stärken. Für die Bundeswehr hieße dies: Schluss mit der Überdehnung ihrer Aufgaben und Fähigkeiten, Schwerpunkt auf der Landesverteidigung, Reduzierung der Sollstärke auf 150.000 Soldatinnen und Soldaten bei gleichzeitiger Integration in europäische Strukturen, Reform des Beschaffungswesen der Bundeswehr und Sicherstellung moderner Ausstattung.

5. Gewaltmonopol der Vereinten Nationen durchsetzen

Die Vereinten Nationen sind - vor allem durch das Agieren der Nuklearmächte - in den vergangenen Jahren als Akteur der Konfliktprävention bzw. wo nötig der Konfliktbearbeitung deutlich geschwächt worden. Das lag zum einen an der wechselseitigen Blockade durch Vetos im Sicherheitsrat, zum anderen an der Auslagerung konkreten Handelns. Doch ‚Koalitionen der Willigen‘ sind kein Ausweg aus festgefahrenen Situationen, wie sie gern dargestellt werden, sondern Menetekel für strukturelles Versagen des Völkerrechts – ob im Irak, in Syrien oder anderswo. Aus linker Sicht ist das außen- und

¹⁴ Ein mit Deutschland in seiner Wirtschaftskraft vergleichbares Land wie Japan unterhält „Selbstverteidigungsstreitkräfte“ in einer Größenordnung von ca. 240.000 Soldaten und wendet dafür 1 Prozent des BIP auf.

sicherheitspolitisch ein Desaster. Doch auch Linke tun sich mitunter schwer mit einem klaren Bekenntnis zu den Vereinten Nationen. Ein Fehler. Die Verabschiedung der Charta der Vereinten Nationen vor gut 75 Jahren war angesichts der gerade erst beendeten Katastrophe des II. Weltkrieges geprägt von dem unbedingten Wunsch nach Frieden und internationaler Verständigung. Das verankerte Verbot der Gewalt, ja sogar der Gewaltandrohung wäre ohne diese Schreckenserfahrungen wohl schwer denkbar. Die Jahrzehnte seitdem haben mehr als deutlich gemacht, wie weit die Welt von der Umsetzung dieses Prinzips entfernt ist. Aber die Mütter und Väter der Charta wussten auch, dass es allein bei einer solchen Verpflichtung nicht bleiben konnte. Es brauchte klare Regeln für den Fall von drohenden oder ausgebrochenen (militärischen bzw. bewaffneten) Konflikten. Es sollte allein den Vereinten Nationen obliegen, die notwendigen Schritte einzuleiten. Das ist ein Punkt der Charta, den DIE LINKE bisher ausblendet bzw. ablehnt. Doch das wird aus meiner Sicht weder internationalen Erfordernissen noch denen einer in sich schlüssigen Position gerecht. Denn dieser Teil der Charta ist der völkerrechtskonforme Gegenentwurf zu dem Wild-West-Denken der Cowboys dieser Welt – egal, ob sie Bush, Trump, Putin oder Erdoğan heißen.

Im Friedensgutachten 2020¹⁵ findet sich ein Plädoyer einerseits für ein stärkeres Engagement Deutschlands in UN-Friedensmissionen, andererseits für eine klare Trennung von friedenserhaltenden und friedenserzwingenden Maßnahmen. Gleichzeitig gibt es den Aufruf an Deutschland, angesichts der Zahlungsausfälle durch die Vereinigten Staaten bei der Finanzierung der Friedensmissionen für eine größere finanzielle Unabhängigkeit dieser Missionen Sorge zu tragen. Ich teile diese Position des Friedensgutachtens 2020. Eine vernünftige, völkerrechtskonforme Alternative dazu erschließt sich nicht, denn sie würde letztlich immer wieder auf zwei Alternativen hinauslaufen: entweder kein internationales Engagement zur Friedenserhaltung oder eines jenseits der UN. Beides ist nicht akzeptabel.

Dieses Papier versteht sich als Diskussionsangebot. Es kann und will nicht alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik abdecken, sondern nur Teilbereiche beleuchten und dort Debatten in der LINKEN und darüber hinaus anstoßen. Es ist geprägt durch meine Erfahrungen als Mitglied des Verteidigungsausschusses und Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung in der 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestages. Es ist motiviert durch viele Gespräche mit Akteurinnen und Akteure zivilgesellschaftlicher Initiativen und Institutionen, mit Angehörigen der Bundeswehr, mit Expertinnen und Experten aus der Rüstungskontroll-Community und natürlich mit Genossinnen und Genossen unserer Partei.

Matthias Höhn

17. Januar 2021

¹⁵ „Im Schatten der Pandemie: letzte Chance für Europa / friedensgutachten“, BICC (Bonn International Center for Conversion), Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) und Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)
<https://friedensgutachten.de/2020>